

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 8 86 848 ppbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 25

5. Februar 1985

Dr. Helmut Rothmund MdL,
Landesvorsitzender der
bayerischen SPD, verur-
teilt die Entscheidung
für die Wiederaufberei-
tung: Wackersdorf ver-
hindern. Seite 1

Hans GÖnter Brauch, RÜ-
stungskontrollexperte an
der Universität Stuttgart,
belegt, daß 3B5 Pershing
II für Europa bereit ge-
stellt werden: Bürger
wurden getäuscht.
Seite 2

Dokumentation
Die SPD unterstützt die
Abrüstungs-Initiative der
sechs Staats- und Regie-
rungschefs aus vier Kon-
tinenten. Wir dokumentie-
ren deren Erklärung.
Seite 5

Unvertretbare Risiken

Wackersdorf muß verhindert werden

Von Dr. Helmut Rothmund MdL
Landesvorsitzender der bayerischen SPD

War schon die kürzlich ergangene Grundsatzentscheidung der Bundesregierung für die Wiederaufarbeitung energie- und umweltpolitisch grundfalsch, versucht jetzt die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstäben (DWK) mit tatkräftiger Unterstützung der Staatsregierung, die falsche Entscheidung am falschen Standort in die Tat umzusetzen. Die Weichen sind damit zwar falsch gestellt, aber der Zug muß und kann noch gestoppt werden. Die SPD wird sich dem Bau der Wiederaufbereitungsanlage entschieden widersetzen und die Oberpfälzer Bevölkerung bei ihren geplanten Protestaktionen nicht im Stich lassen.

Bundesregierung, DWK und Staatsregierung können oder wollen bislang nicht erkennen, daß mit dem Bau und Betrieb einer WAA vielen nachkommenden Generationen unvertretbare Umweltrisiken und Gefahren für die Gesundheit der Menschen aufgebürdet würden. Es besteht der Verdacht, daß die Wiederaufarbeitung gewünscht wird, weil sie den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft ermöglicht. Einen wirtschaftlichen Sinn jedenfalls ergibt die Wiederaufarbeitung nicht. Unter Fachleuten ist inzwischen unumstritten, daß die durch eine WAA gewinnbare Energie wesentlich teurer ist als herkömmliche Energieerzeugung. Die Zeche müßten am Ende die Stromverbraucher zahlen.

Würde nur ein kleiner Teil der vielen Milliarden Kosten für die WAA in der Oberpfalz für umweltfreundliche Arbeitsplätze investiert werden, könnte der benachteiligten Bevölkerung dieser Region wirksam und dauerhaft geholfen werden. Ich fordere die Staatsregierung auf, über arbeitsmarktpolitische Alternativen für die Oberpfalz nachzudenken, statt ihr ein ökonomisch unsinniges und ökologisch bedenkliches Projekt aufzuzwingen. (-/5.2.1985/rs/ks)



Die Bürger wurden bei der Pershing-Stationierung getäuscht (Teil I)

Werden 385 Pershing II nun zum Sprengsatz für die Genfer Abrüstungsgespräche?

Von Hans Günter Brauch

Rüstungskontrollexperte an der Universität Stuttgart

Am 12. März werden in Genf die dreistufigen Gespräche über Weltraumwaffen, über strategische Nuklearwaffen und über eurostrategische Kernwaffenträger beginnen. Im Bereich der Mittelstreckensysteme werden sich der amerikanische Karrierediplomat und Europaexperte Maynard W. Glitman und auf sowjetischer Seite der Amerika-Experte Alexej Obuchow erneut über SS-20, Pershing II und landgestützte Marschflugkörper wie auch über jene Fragen auseinandersetzen, die bei den im November 1983 von den Sowjets abgebrochenen Mittelstreckengesprächen (INF) ungelöst blieben. Dabei dürften unter anderem auch die folgenden Fragen eine Klärung bedürfen:

- Welche Systeme sollen einbezogen werden, nur die amerikanischen und sowjetischen oder auch die französischen und britischen?
- Sollen dabei nur die landgestützten Nuklearsprengköpfe tragenden Raketen einbezogen werden und die nuklearen Bomber ausgeklammert bleiben?
- Sollen dabei alle SS-20, das heißt sowohl die im europäischen und asiatischen Teil der Sowjetunion stationierten Mittelstreckensysteme einbezogen werden?
- Inwieweit soll dabei die von der NATO behauptete Nachladefähigkeit der SS-20 berücksichtigt werden?

Sollten die USA auf Drängen der Europäer auf die Einbeziehung aller SS-20 und deren Nachladefähigkeit drängen, dann dürften folgende Entwicklungen für zusätzliche Probleme sorgen: Die Sowjetunion dürfte dann auf die Einbeziehung aller in den USA produzierten Mittelstreckenwaffen drängen; auf die Berücksichtigung von bis zu 565 landgestützten Marschflugkörpern und von 385 Pershing II-Raketen.

Im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 werden als Nachrüstungswaffen genannt: "Diese Systeme umfassen 108 Abschußvorrichtungen für Pershing II, welche die derzeitigen 'Pershing Ia' ersetzen werden, und 464 bodengestützte Marschflugkörper (GLCM). Sämtliche Systeme sind jeweils mit nur einem Gefechtskopf ausgestattet."

Wieviele Pershing Ia-Raketen und Pershing Ia-Sprengköpfe waren in der Bundesrepublik bis Dezember 1983 stationiert? Wieviele Pershing II-Raketen und Pershing-II Sprengköpfe werden gegenwärtig in den USA produziert und wieviele dieser Raketen und Sprengköpfe sollen später - wenn es nach den Wünschen des amerikanischen Verteidigungsministeriums geht - in der Bundesrepublik stationiert beziehungsweise binnen weniger Stunden eingeflogen und einsatzbereit sein?

Am 22. März 1984 beschrieb der amerikanische Armee-General Ceryc in einer nicht öffentlichen Sitzung des Streitkräfteausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses anhand eines Dias den Stand des Pershing II-Beschaffungsprogramms:

Pershing II Financial Summary

	FY83 & Prior	FY84	FY85	FY86	To complete Total
WPN SYS Proc	683.1	429.1	472.2	521.1	
Quantity Buy	112	70	93		

\$ (000.000)



Nach dieser öffentlich zugänglichen Information waren bis zum Ende des Haushaltsjahres 1984 (30. September 1984) insgesamt 182 Pershing II produziert. Für das Haushaltsjahr 1985 (1. Oktober 1984 - 30. September 1985) wurden für die Beschaffung weiterer 93 Pershing II-Raketen 472,2 Millionen gefordert. Danach werden bis zum 30. September 1985 insgesamt 275 Pershing II-Raketen verfügbar sein. Für das Haushaltsjahr 1986 (1. Oktober 1985 - 30. September 1986), der Haushaltsplan 1986 wird im Februar 1985 offiziell im Kongreß eingebracht, wurden im Rahmen des Waffenbeschaffungsprogramms für die Pershing II weitere 521,1 Millionen U.S. Dollar veranschlagt, was für die Beschaffung weiterer etwa 110 Pershing II-Raketen ausreichen dürfte, das heißt, wenn bis zum August 1985 für das Haushaltsjahr 1986 die veranschlagten Mittel im Kongreß bewilligt werden, dann dürften bis zum 30. September 1986 insgesamt 385 Pershing II verfügbar sein. Wie ist dies mit dem NATO-Doppelbeschluß vereinbar?

Diese projektierte Produktionszahl von 385 Pershing II-Raketen wurde erstmals am 14. Oktober 1982 in einem Bericht des Stern genannt. Diese Angabe stützte sich auf eine Aussage des Generalmajors James P. Maloney (Director, Weapon Systems Office, Office of Deputy Chief of Staff for Research, Development and Acquisition, Department of the Army) vom 18. März 1982, die dieser in der Nachmittagsitzung des Streitkräfteausschusses des US-Repräsentantenhauses machte.

Nach einem "Besuch in Washington Anfang November 1982 erklärte Verteidigungsminister Manfred Wörner wiederholt in Interviews, die Bundesrepublik werde auch "mit Sicherheit nicht eine Rakete mehr" als die vereinbarte Zahl aufstellen lassen. Karl Feldmeyer berichtete am 11. November 1982 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unter der Überschrift: "Nein Wörners zur Pershing-II-Verdoppelung. Ein Erfolg des Verteidigungsministers" unter anderem "Es ist vor allem Wörners Verdienst, daß dies nun nicht mehr passieren kann und über die diesbezüglichen amerikanischen Überlegungen nur noch im Zusammenhang mit Ihrer Erledigung zu berichten ist." In der öffentlichen Diskussion blieb seinerzeit unbeachtet, daß der NATO-Doppelbeschluß nicht 108 Pershing II-Raketen, sondern Pershing-II-Startsysteme forderte.

Aus der Tatsache, daß für 180 Pershing IA-Startsysteme in der Bundesrepublik 300 Sprengköpfe vom Typ W 50 bis Ende 1983 gelagert waren, konnte man entnehmen, daß die Pershing IA nachladefähig war. Nach dem Kernwaffenatombuch des Natural Resources Defense Council in Washington von 1984 waren über 800 Pershing IA produziert worden und in der Bundesrepublik etwa eine Nachladerakete pro Startgerät stationiert. Aber auch die Pershing II ist nachladefähig, wie Generalmajor James P. Maloney am 18. März 1982 in einer geheimen Sitzung des Streitkräfteausschusses des Repräsentantenhauses erläuterte: "Wenn eine Rakete abgefeuert ist, braucht man nur (gestrichen) / relativ kurze Zeit / bis das Startgerät woanders in Stellung gebracht wird." Für die Nachladefähigkeit der Pershing II in der Bundesrepublik Deutschland sprechen jedoch auch folgende weitere öffentlich zugängliche Informationen, die der deutschen Öffentlichkeit und auch dem Deutschen Bundestag bisher vom Verteidigungsministerium vorenthalten wurden: Für die 108 Pershing II-Startgeräte des NATO-Doppelbeschlusses sind nicht nur 385 Pershing II-Raketen, sondern auch etwa 300 Pershing II-Sprengköpfe vom Typ W-85 in den USA in Produktion. Es handelt sich dabei um einen in der Luft oder am Boden zu zündenden Sprengkopf, dessen Sprengkraft je nach dem ausgesuchten Ziel zwischen 5 und 50 Kt, beziehungsweise von einer halben bis zu vier Hiroshimabomben reicht. Das Gewicht des Pershing II-Sprengkopfes beträgt etwa 726 kg.

Daß diese Angelegenheit für das Pentagon keineswegs erledigt war, wie Verteidigungsminister Wörner nach einem Gespräch mit seinem amerikanischen Kollegen Weinberger gegenüber Journalisten behauptete, wurde am 18. März 1983 erneut den Mitgliedern des



Streitkräfteausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses in nichtöffentlicher Sitzung durch folgende Tabelle verdeutlicht:

FUNDING
(Dollars in millions)

	Fiscal year 1983 and prior	Fiscal year 1984	Cost to complete	Total
RDT&F.....	\$667.3	\$ 22.8	\$ 1	\$690.2
Procurement (w/spares).....	\$229.5	\$ 432.8	1,380	2,042.7
Qty.....	21	95	(1)	(1)
Total.....	\$896.8	\$ 455.6	\$1,380.5	\$2,732.9

i Deleted.

Legt man diese Tabelle zugrunde, dann kann man aus den Angaben zum Haushaltsjahr 1984 die Beschaffungskosten einer Pershing II auf circa 4,55 Millionen Dollar feststellen. Dividiert man nun die für die Haushaltsjahre 1985 bis zum Abschluß des Beschaffungsprogramms veranschlagten Mittel in Höhe von 1,380 Milliarden Dollar durch die Kosten einer Pershing II, so erhält man weniger als 303 Pershing II-Raketen, beziehungsweise insgesamt weniger als 419 zu beschaffende Pershing II-Raketen. Auf eine parlamentarische Anfrage nach den geplanten 380 Pershing II-Raketen nahm Staatssekretär Dr. Hiehle vom Verteidigungsministerium am 4. November 1983 Stellung:

"Der Umfang der ab Ende 1983 in Europa zur Stationierung vorgesehenen amerikanischen Mittelstreckensysteme ist im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 mit 108 Abschußvorrichtungen für Pershing II und 464 bodengestützte Marschflugkörper (GLCM) mit jeweils nur einem nuklearen Gefechtskopf festgelegt. Dieser Bedarf der NATO kann sich nur nach Maßgabe konkreter Ergebnisse der amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen in Genf verändern.

Wie bei jedem Waffensystem ist auch bei Pershing II und GLCM erforderlich, zusätzliche Raketen/Marschflugkörper für laufende Einsatztests, Überprüfungen und Ausbildung sowie als Einsatzreserven zu beschaffen, um die Systeme in der im NATO-Doppelbeschluß vorgesehenen Anzahl für die Zeitdauer der Indienststellung logistisch unterstützen zu können. Die geplanten Beschaffungen der amerikanischen Streitkräfte tragen dem Rechnung."

Bei dieser Antwort fällt auf, daß sie nicht vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium Würzbach, sondern vom beamteten Staatssekretär abgegeben wurde, und daß mit keinem Wort der angebliche Erfolg von Minister Wörner vom November 1982 wiederholt wurde, das heißt weder die Zahl von 380 Pershing II-Raketen wurde widerlegt, noch wurde zu deren Stationierung Stellung genommen.

(-/5.2.1985/va/ks)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Abrüstungs-Appell von sechs Staats- und Regierungschefs aus vier Kontinenten

Die SPD unterstützt die Abrüstungsinitiative der sechs Staats- und Regierungschefs aus vier Kontinenten, die von Raul Alfonsín (Argentinien), Indira Gandhi (Indien), Miguel de la Madrid (Mexiko), Julius Nyerere (Tansania), Olof Palme (Schweden) und Andreas Papandreu (Griechenland) gemeinsam verfaßt wurde. Sie hat jetzt an die Bundesregierung appelliert, diese Initiative zum Stopp und Abbau der atomaren Rüstungen aktiv zu unterstützen. Die gemeinsame Erklärung der sechs Staats- und Regierungschefs hat folgenden Wortlaut:

1. Heute steht das Überleben der Menschheit in Gefahr. Der eskalierende Rüstungswettlauf, die steigenden internationalen Spannungen und die Abwesenheit eines konstruktiven Dialogs zwischen den Kernwaffenstaaten haben das Risiko eines Nuklearkrieges verstärkt. Ein solcher Krieg, in dem auch nur ein Teil des vorhandenen Waffenvorrats benutzt wird, würde Tod und Zerstörung für alle Menschen bedeuten.
2. Als Regierungsoberhäupter von Nationen, Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, haben wir die Verpflichtung, konstruktive Maßnahmen zu ergreifen um den Rüstungswettlauf aufzuhalten und rückgängig zu machen. Die Menschen, die wir vertreten, sind durch einen Atomkrieg nicht weniger bedroht als die Bürger von Kernwaffenstaaten. Die Verantwortung zur Verhinderung einer nuklearen Katastrophe tragen in erster Linie die Kernwaffenstaaten, jedoch ist dieses Problem von zu großer Bedeutung, als daß es ausschließlich diesen Staaten überlassen werden sollte.
3. Wir kommen aus verschiedenen Teilen der Welt mit unterschiedlichen Religionen, Kulturen und politischen Systemen, doch sind wir uns in der Überzeugung einig, daß es keinen weiteren Weltkrieg geben darf. Zu dieser, der entscheidendsten aller Fragen, haben wir beschlossen, uns gemeinsam um die Interessen des Friedens zu bemühen.
4. Verträge, die nur den Rüstungsaufbau regeln, sind offensichtlich nicht ausreichend. Je schneller, präziser und tödlicher die Nuklearwaffen werden und die Vorwarnzeit sich verringert, umso mehr nimmt die Wahrscheinlichkeit einer nuklearen Massenvernichtung zu. Die Jagd auf einen weltumfassenden Selbstmord hin muß aufgehalten und rückgängig gemacht werden. Als notwendigen ersten Schritt dazu rufen wir die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion ebenso wie Großbritannien, Frankreich und China auf, alle Versuche, sowie die Produktion und Aufstellung von Nuklearwaffen und deren Abschußvorrichtungen einzustellen; diesen Maßnahmen muß eine wesentliche Reduzierung der vorhandenen nuklearen Kräfte folgen. Wir sind davon überzeugt, daß es möglich ist, die Einzelheiten eines Übereinkommens, das die Interessen und Bedenken aller Seiten berücksichtigt und das gleichzeitig entsprechende Kontrollmaßnahmen vorsieht, auszuarbeiten. Diesem er-



sten Schritt muß ein kontinuierliches Programm zur Waffenreduzierung folgen, das zu einer generellen und vollständigen Abrüstung führt, und das von Maßnahmen begleitet wird, die dazu beitragen, die Organisation der Vereinten Nationen zu stärken und die dringend notwendige Verlagerung von bisher für den Rüstungswettlauf verwendeten Mitteln auf das Gebiet wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung zu sichern. Das Hauptziel muß darin liegen, die Gefahr eines Krieges zwischen Nationen zu verringern und schließlich zu beseitigen.

5. Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um ein Abkommen zwischen Kernwaffenstaaten zu ermöglichen. Wir werden miteinander auf der Suche nach den besten Mitteln und Wegen, dieses Ziel zu erreichen, in Verbindung bleiben. Wir werden sowohl die Regierungsoberhäupter der Kernwaffenstaaten und andere führende Persönlichkeiten der Weltöffentlichkeit konsultieren als auch weiterhin Diskussionen im Rahmen der Vereinten Nationen führen.

6. Wir glauben fest an Entspannung und gegenseitiges Verstehen mit weitreichender internationaler Zusammenarbeit und Achtung der Rechte jedes Staates auf ein friedliches, sicheres und unabhängiges Dasein und das Recht eines jeden Volkes, sein Leben nach seinen eigenen Wünschen zu führen. Gewißheit für die Sicherheit nur einer Seite gibt es nicht. Darum legen wir der Einstellung des nuklearen Rüstungswettlaufs, die erneute Dialoge über Abrüstung zulassen wird, so große Bedeutung bei.

7. Alle Menschen haben ein außerordentliches Interesse an allgemeiner Sicherheit und Vermeidung eines Nuklearkrieges, der das Überleben der Menschheit bedroht. In aller Welt geben Bürger wie noch nie zuvor ihren Ängsten über die Zukunft Ausdruck; diese öffentliche Diskussion über Frieden und Abrüstung muß weitergeführt werden und zunehmen. Die Unterstützung und Ermutigung von Seiten einer informierten Öffentlichkeit wird die Regierungen bei ihren Maßnahmen, den nuklearen Rüstungswettlauf rückgängig zu machen, stärken.

8. Wir haben Vertrauen in die Fähigkeit der Menschen, sich über die augenblickliche Uneinigkeit hinwegzusetzen und eine Welt zu schaffen, die nicht unter dem Schatten eines Nuklearkrieges liegt. Die Kraft und Erfindungsgabe des Menschengeschlechts dürfen nicht darauf verwendet werden, Waffen der Vernichtung zu vervollkommen, sondern die Bodenschätze der Erde in einer Weise zu nutzen, daß alle sich eines Lebens in Sicherheit und Würde in einem internationalen Gefüge erfreuen, das unbehindert von Krieg, auf Frieden und Gerechtigkeit beruht.

9. Die Welt schwebt heute zwischen Krieg und Frieden. Wir hoffen, daß unsere gemeinsamen Bemühungen dazu beitragen werden, den Ausgang zu beeinflussen.

(-/5.2.1985/rs/ks)

+ + +

